

Postulat David Böhner (AL): Wiedereinführung der Stadtpolizei

Vor 15 Jahren wurde die Stadtpolizei abgeschafft und in die Kantonspolizei integriert. Die Stadt Bern kauft seither die Sicherheit beim Kanton ein, hat aber nur wenig Einfluss auf die Polizeiführung. Der Sicherheitsdirektor der Stadt Bern ist ein Polizeivorsteher ohne Polizeibeamte. Dieses Konstrukt funktioniert seit 15 Jahren schlecht und wird seit 15 Jahren kritisiert, insbesondere von den Parteien des RGM-Bündnisses. So fordert beispielsweise die SP in ihrem Positionspapier von 2016 u.a., dass

- der Grosse Rat endlich eine Ombudsstelle für die Polizei schaffen muss;
- die Einsetzung eines Staatsanwaltes zu prüfen sei, der sich ausschliesslich mit Fällen von Übergriffen durch die Polizei beschäftigt. Dabei sei die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen zu suchen;
- die Stadt Bern bei sämtlichen Einsätzen auf Stadtgebiet selbständig eine Untersuchung einleiten können muss;
- bei Übergriffen der Polizei die Möglichkeit bestehen muss, einen unentgeltlichen Rechtsbeistand zu erhalten.

Keine dieser Punkte, die die grösste Partei der Stadt Bern fordert - und die zweifellos von einer Mehrheit der Stadtbevölkerung unterstützt wird - konnten seither umgesetzt werden. Das zeugt von der Machtlosigkeit der Stadt Bern gegenüber dem Kanton in Polizeifragen und auch von der Arroganz der politischen Führung der Kantonspolizei.

Im Schwerpunktplan Migration und Rassismus 2022 -2025 hat der Gemeinderat festgehalten, dass er bestrebt ist, eine City Card einzuführen. Mit der Publikation der Vorstudie zur Berner City Card und mit seinem Beschluss für einen Projektierungskredit in der Höhe von 120'000 Franken bekräftigt der Gemeinderat sein Bekenntnis für eine Stadtbürger:innenschaft, die alle Einwohner:innen miteinschliesst. Leider steht dem Vorhaben die Akzeptanz der Kantonspolizei und seiner Führung im Weg.

Die ausführliche Vorstudie zum Thema von Sarah Schilliger, kommt zum Schluss, dass die Polizei die City Card als ausreichendes Identifikationsmerkmal anerkennen müsste, damit in Bern wohnhafte Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sich angstfrei im öffentlichen Raum bewegen können. Da die zuständigen kantonalen Behörden in dieser Frage offensichtlich kein Interesse an einer Kooperation mit der Stadt Bern haben und diese in Zukunft auch nicht zu erwarten ist, muss befürchtet werden, dass die Einführung einer City Card nicht die volle Wirkung entfalten kann und die in der Stadt wohnhaften Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus weiterhin in dauernder Angst vor Polizeikontrollen leben müssen.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, zu überprüfen, welche politischen und juristischen Schritte notwendig sind, damit die Stadt Bern aus der Einheitspolizei aussteigen, den Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei aufkündigen und eine eigene Stadtpolizei wieder einführen kann.

Bern, 27. Oktober 2022

Erstunterzeichnende: David Böhner

Mitunterzeichnende: Matteo Micieli, Eva Chen, Jemima Fischer